

Politik und Gesellschaft des Nahen Ostens

RESEARCH

Valerian Thielicke

Zwischen Laïcité und Theokratie

Der Konflikt zwischen Islamist:innen
und Säkularen in Tunesien



Springer VS

Politik und Gesellschaft des Nahen Ostens

Reihe herausgegeben von

Martin Beck, Institute of History, University of Southern Denmark, Odense, Dänemark

Cilja Harders, Freie Universität Berlin, Berlin, Deutschland

Annette Jünemann, Institut für Internationale Politik, Helmut Schmidt Universität, Hamburg, Deutschland

Rachid Ouaiassa, Centrum für Nah- und Mittelost-Studien, Philipps-Universität Marburg, Marburg, Deutschland

Stephan Stetter, Institut für Politikwissenschaften, Universität der Bundeswehr München, München, Deutschland

Die Reihe beschäftigt sich mit aktuellen Entwicklungen und Umbrüchen in Nordafrika, dem Nahen Osten, der Golfregion und darüber hinaus. Die politischen, sozialen und ökonomischen Dynamiken in der Region sind von hoher globaler Bedeutung und sie strahlen intensiv auf Europa aus. Die Reihe behandelt die gesamte Bandbreite soziopolitischer Themen in der Region: Veränderungen in Konfliktmustern und Kooperationsbeziehungen in Folge der Arabischen Revolten 2010/11 wie etwa Euro-Arabische und Euro-Mediterrane Beziehungen oder den Nahostkonflikt. Auf nationaler Ebene geht es um Themen wie Reform, Transformation und Autoritarismus, Islam und Islamismus, soziale Bewegungen, Geschlechterverhältnisse aber auch energie- und umweltpolitische Fragen, Migrationsdynamiken oder neue Entwicklungen in der Politischen Ökonomie. Der Schwerpunkt liegt auf innovativen politikwissenschaftlichen Werken, die die gesamte theoretische Breite des Faches abdecken. Eingang finden aber auch Beiträge aus anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen, die relevante politische Zusammenhänge behandeln.

This book series focuses on key developments in the Middle East and North Africa as well as the Gulf and beyond. The regions' political, economic and social dynamics are of high global significance, not the least for Europe. The book series covers the whole range of the ongoing transformations in the region, such as new developments in regional conflict and cooperation after the uprisings of 2010/2011 including Euro-Arab and Euro-Mediterranean relations, or the Israeli-Palestinian conflict. On a (trans)national level, volumes in the series look at authoritarianism and reform, social movements, gender dynamics, Islam and Islamism, political economy, migration, as well as energy and environmental issues. The series focuses on innovative work in all sub-disciplines of political science and other social sciences disciplines that address political developments in the Middle East.

Dr. Martin Beck ist Professor für gegenwartsbezogene Nahost-Studien an der University of Southern Denmark in Odense, Dänemark.

Dr. Cilja Harders ist Professorin für Politikwissenschaft und Leiterin der „Arbeitsstelle Politik im Maghreb, Mashreq, Golf“ am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin, Deutschland.

Dr. Annette Jünemann ist Professorin für Politikwissenschaft am Institut für Internationale Politik der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, Universität der Bundeswehr Hamburg, Deutschland.

Dr. Rachid Ouaissa ist Professor für Politik des Nahen und Mittleren Ostens am Centrum für Nah- und Mittelost-Studien der Philipps-Universität Marburg, Deutschland.

Dr. Stephan Stetter ist Professor für Internationale Politik und Konfliktforschung an der Universität der Bundeswehr München, Deutschland.

Weitere Bände in der Reihe <http://www.springer.com/series/12508>

Valerian Thielicke

Zwischen Laïcité und Theokratie

Der Konflikt zwischen Islamist:innen
und Säkularen in Tunesien

 Springer VS

Valerian Thielicke
Institut für Politik- und
Verwaltungswissenschaften
Universität Rostock
Rostock, Deutschland

Dissertation an der Universität Rostock, 2021

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) – Graduiertenkolleg 1887
„Deutungsmacht – Religion und belief systems in Deutungsmachtkonflikten“

ISSN 2626-224X ISSN 2626-2258 (electronic)
Politik und Gesellschaft des Nahen Ostens
ISBN 978-3-658-34555-6 ISBN 978-3-658-34556-3 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-34556-3>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en), exklusiv lizenziert durch Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2021

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung der Verlage. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Planung/Lektorate: Stefanie Eggert

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

*Für Yves Bizeul – meinen akademischen
Lehrer
paix à son âme*

Vorwort

Valerian Thielicke beschäftigt in seiner Dissertationsschrift die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Islam und Demokratie, der er am Fall Tunesiens in den 2010er Jahren nachgeht. Sein Ausgangspunkt ist die These vom nahöstlichen politischen Exzeptionalismus: Im Gegensatz zu allen anderen großen Weltregionen ist der arabisch-islamische Raum im 20. Jahrhundert von keiner der Wellen der Demokratisierung erfasst worden, und auch der ‚Arabische Frühling‘ 2010/11 hat in den meisten Fällen entgegen den Erwartungen der Transitionsforschung keine Demokratisierungsprozesse befördert. Obwohl es bis auf sehr wenige Ausnahmen im gesamten arabischen Raum zu Massenprotesten kam, überstanden etliche autoritäre Regime, darunter alle Monarchien, diese weitgehend unbeschadet und ohne dass ihnen substantielle politischen Reformen hätten abgerungen werden können. In jenen Republiken, in denen die Machthaber durch Massenproteste gestürzt wurden, kam es zwar zu Transformationsprozessen, diese mündeten aber in Libyen, Syrien und Jemen in Bürgerkriege, in denen demokratische Kräfte weitestgehend marginalisiert wurden. In Ägypten wurde durch die ersten freien Wahlen in der Geschichte eine Demokratisierung eingeleitet, die allerdings durch den Putsch 2013 jäh beendet wurde. So ist es aus empirischer Sicht einzig Tunesien, das die These vom arabisch-islamischen Exzeptionalismus ins Wanken bringt. Nach mehreren Runden demokratischer Wahlen führt Freedom House Tunesien neben Israel als freies Land im Nahen Osten. Auch im Demokratieindex des Economic Intelligence Unit belegt Tunesien als defekte Demokratie zusammen mit Israel einen regionalen Spitzenplatz.

Valerian Thielicke verliert sich nicht in der unproduktiven Frage, ob Islam und Demokratie ‚an sich‘ miteinander vereinbar seien, denn eine auf den Büchern der abrahamitischen Religionen basierende Analyse könnte kaum mehr als die Erkenntnisse beisteuern, dass die Thora und die Bibel, aber auch der Koran

keine Auskunft darüber geben, wie sich ein moderner Staat legitimieren sollte, und dass Judentum, Christentum und Islam insofern gleichermaßen undemokratisch sind, als den Gläubigen abverlangt wird, die Loyalität zu Gott über jene zu weltlichen Institutionen zu stellen. Stattdessen nimmt sich der Autor der Thematik sinnvollerweise aus einer handlungsorientierten Perspektive an und fragt, worum jene, die einen politisierten Islam vertreten – die Islamist:innen –, und ihre säkularen Opponenten – die Nichtislamist:innen – in Tunesien streiten. Um diese Frage zu beantworten, wertet der Autor siebzehn seiner in Feldforschungsarbeit durchgeführten Interviews mit Mitgliedern der politischen Klasse Tunesiens mithilfe eines theoretisch und methodisch bemerkenswert ausgereiften Instrumentariums aus. Seine zentrale Leistung besteht darin, das modernisierungstheoretische Konzept tiefgreifender gesellschaftlicher Bruchlinien (*cleavages*) für ein dem Sozialkonstruktivismus verpflichtetes diskursanalytisches Verfahren in einem nicht-europäischen politischen Kontext fruchtbar zu machen. In wohlthuender Abgrenzung gegenüber in der Literatur verbreiteter bloßer Beteuerungen gegen orientalistische Verfahren diskutiert der Autor damit zusammenhängende theoretische Probleme gründlich und mit Sorgfalt – so etwa die institutionelle Differenz zwischen dem europäischen Christentum mit seinen Kirchen als unabhängigen Institutionen und dem sunnitischen Islam, dessen Rechtsgelehrte in keiner vergleichbaren Weise organisiert sind.

Valerian Thielicke untersucht die in den Interviews geäußerten kollektiven Überzeugungen in einem ausgeklügelten Verfahren daraufhin, ob tiefgreifende Bruchlinien zwischen den beiden Gruppen existieren. Maßstab hierfür ist, ob Islamist:innen und Nichtislamist:innen voneinander Feindbilder konstruieren, die als Gefahr für die eigene Identität wahrgenommen werden. In nuancierten Diskussionen kommt der Autor zu dem ihn selbst teilweise überraschenden Ergebnis, dass für die meisten Analysedimensionen keine solchen Bruchlinien vorliegen, insbesondere nicht hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Religion und Staat, der Interpretation der Verfassung sowie der Rollen, die dem Islam und der Scharia in Politik und Gesellschaft zudedacht werden. Beim Demokratieverständnis findet der Autor allerdings trotz auch hier bestehender Konsensbereiche starke Hinweise auf die Existenz einer tiefgreifenden Bruchlinie, die sich zum einen im Wesentlichen dadurch konstituiert, dass die interviewten Islamist:innen etwa bei Fragen des Erbrechts oder des Verhaltens im öffentlichen Raum während des Fastenmonats Ramadan einer mehrheitsdemokratischen Gesinnung zuneigen, durch die ihre Opponenten Gleichheits- und Freiheitsrechte gefährdet sehen. Zum anderen fühlen sich die Islamist:innen durch den Elitismus ihrer Opponenten bedroht, da dieser der Masse der Bevölkerung die Reife zur Demokratie abspricht. Diese Bruchlinie hat sich in Tunesien und in weiten Teilen des Nahen

Ostens mehr oder minder stark herausgebildet, weil die mit dem Anspruch einer umfassenden Modernisierung von oben angetretenen säkularen Regime der arabischen Republiken nicht nur extremistische, sondern auch moderate Islamist:innen und ihre Organisationen, insbesondere auch die Muslimbrüder und ihre Ableger wie die tunesische Ennahda, jahrzehntelang systematisch ausgegrenzt und unterdrückt haben. Wie der ägyptische Fall auf drastische Weise zeigt, ist die Region des Nahen Ostens noch weit davon entfernt, dieses Muster zu überwinden. Wie die vielen vom Autor herausgearbeiteten Konsensbereiche zwischen Islamist:innen und Nichtislamist:innen zeigen, hat in Tunesien allerdings nur zehn Jahre nach dem Sturz Ben Alis die Entwicklung einer demokratischen Kultur bereits starke Konturen angenommen. Abschließend sei noch bemerkt, dass sich die von Valerian Thielicke am Fall Tunesiens herausgearbeitete Bruchlinie im globalen Kontext auch gewinnbringend als Konflikt zwischen einem elitären politischen Establishment und seinen populistischen Herausforderern lesen lässt, wie dies insbesondere für defekte Demokratien etwa in den Vereinigten Staaten von Amerika, aber auch Osteuropa charakteristisch erscheint.

Odense
im April 2021

Martin Beck

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	Problemstellung und Forschungsfragen	4
1.2	Relevanz der Forschung	7
1.3	Forschungs- und Literaturstand	9
1.4	Aufbau der Arbeit	13
2	Analyse gesellschaftlicher Konflikte und <i>Cleavages</i>	19
2.1	Der theoretische Rahmen: <i>Cleavage</i> , Antagonismus und <i>belief system</i>	20
2.1.1	Der <i>Cleavage</i> – ein Konzept zwischen Deskription und Analyse	21
2.1.2	Antagonismus als strukturelle Ebene eines <i>Cleavages</i>	29
2.1.3	<i>belief system</i> als normativ-kulturelle Ebene	37
2.2	Methodischer Aufbau der Studie und Operationalisierung	49
2.2.1	Qualitative <i>belief system</i> -Analyse	49
2.2.2	Aufbau des Samples	61
2.3	Zusammenfassung des theoretischen und methodischen Ansatzes	69
3	Die <i>Teil-belief systems</i> der Islamist:innen und Nichtislamist:innen	73
3.1	Der Begriff der <i>Laïcité</i>	80
3.2	Verfassungsinterpretation	93
3.3	Die Ordnung der religiösen Angelegenheiten	108
3.4	Interpretation des Islams und der Scharia	125
3.5	Zwischenfazit: Der Konflikt Religion – Staat ohne Dissens?	135

3.6	Demokratiekonzeptionen	137
3.7	Die nationale Identität	152
3.8	Das Bild des anderen in den <i>belief systems</i>	167
3.8.1	Verräter der Identität – Konstruktion der Nichtislamist:innen durch die Islamist:innen	168
3.8.2	Eine Gefahr für alle – Die Wahrnehmung der Islamist:innen durch die Nichtislamist:innen	174
3.8.3	Feindbilder als soziostrukturelle Ebene	183
4	Konflikt und Konsens zwischen Islamist:innen und Nichtislamist:innen	185
4.1	Die <i>belief systems</i> der Islamist:innen und Nichtislamist:innen	186
4.2	Authentizität – ein <i>Cleavage</i> in Tunesien?	205
5	Fazit	221
	Anhang	235
	Literaturverzeichnis	241

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2.1	Individuelle und kollektive belief systems, eigene Darstellung	41
Abbildung 2.2	Vergleich belief system vs. Diskurs, eigene Darstellung	43
Abbildung 2.3	Schema methodisches Vorgehen, eigene Darstellung ...	71
Abbildung 4.1	gesamtes islamistisches belief system, eigene Darstellung	190
Abbildung 4.2	gesamtes nichtislamistisches belief system, eigene Darstellung	191

Tabellenverzeichnis

Tabelle 2.1	Beispiel Wahrheitstafel	56
Tabelle 2.2	Beispiel für belief-Tabelle	59
Tabelle 3.1	belief-Tabelle Laïcité	83
Tabelle 3.2	belief-Tabelle Verfassungsinterpretation	99
Tabelle 3.3	belief-Tabelle zur idealen Ausgestaltung des Verhältnisses Religion und Staat	116
Tabelle 3.4	belief-Tabelle zu Islam- und Schariainterpretationen	128
Tabelle 3.5	belief-Tabelle zu Demokratiekonzeptionen	138
Tabelle 3.6	belief-Tabelle zur tunesischen Identität	155
Tabelle 3.7	belief-Tabelle Feindbilder der Islamst:innen	168
Tabelle 3.8	belief-Tabelle Feindbilder der Nichtislamist:innen	175



Einleitung

1

Seit dem Ende der Kolonialzeit und dem Beginn der dritten Welle der Demokratisierung konnten in den verschiedenen Weltregionen zwischenzeitlich beachtliche Fortschritte erzielt werden (Thiery 2015, S. 404–409; Merkel und Gerschewski 2015, S. 339 f.) – doch eine blieb davon lange Zeit unberührt: der sogenannte arabische Raum¹. Bis Ende 2010 konnte sich entsprechend die These der Demokratieunfähigkeit bzw. der resilienten Autokratien der arabischen Welt relativ unangefochten halten (Mattes 2008; Diamond 2010). Dabei wurden diverse erklärende Faktoren herausgearbeitet, wie beispielsweise die Rolle des Militärs in den arabischen Ländern, Aspekte der politischen Kultur oder auch die islamische Religion (Diamond 2010). Doch mit den Prozessen, die im Dezember 2010 in Tunesien mit der Selbstverbrennung des mobilen Händlers Mohamed Bouazizi² und den folgenden Protesten³ ihren Ausgang nahmen und sich auf fast die gesamte Region ausbreiteten, bekam die These kurzzeitig erste Risse. Da manche

¹ Der arabische Raum wird hier als die Mitgliedsstaaten der *Arabischen Liga* verstanden, da in Bezug auf seine Definition Kontroversen sowie Schwierigkeiten auftreten. Es handelt sich um eine hochkomplexe und facettenreiche Region, die durch diverse Vereinfachungen oftmals fehlerhaft dargestellt wird. Wäre beispielsweise die Verwendung eines arabischen Dialekts das ausschließliche Definitionsmerkmal, würde Malta zum arabischen Raum gehören, während große Minderheiten wie die berbersprachigen Gebiete ausgeklammert werden. Auch Religion ist aufgrund der diversen Minderheiten ein ungenügendes Definitionskriterium, genauso wie Ethnizität. Den Ländern ist zumindest gemein, dass sie sich zum Großteil selbst als arabisch erachten.

² Tunesische Namen, Begriffe etc. werden in der französischen Transliteration, die ein leichteres Lesen mit angemessener Lautung ermöglicht, geschrieben. Für Fachbegriffe wird auf die Deutsche Industrienorm 31635 zurückgegriffen (DIN 31635).

³ Für eine genaue Darstellung der Geschichte und der Prozesse bieten die Arbeiten von Chouikha und Gobe (2015) und Abbas (2019, S. 421–436) einen guten Ausgangspunkt.

Staaten erste Schritte in Richtung Demokratisierung gingen, bestand die Hoffnung, dass der „autokratische Winter“ durch den „Arabischen Frühlings“ abgelöst wird. Aus heutiger Perspektive kann die Bezeichnung der Prozesse angesichts der verheerenden Bürgerkriege in Jemen, Syrien und Libyen oder der starken Reautokratisierung und Menschenrechtsverletzungen in Ägypten und Saudi-Arabien retrospektiv nicht wirklich Verwendung finden. Zudem darf nicht vergessen werden, dass vor allem die Monarchien des arabischen Raumes ohne große Erschütterungen die Protestwelle überlebten (Bank und Richter 2013, S. 384; Sunik et al. 2015, S. 2 ff.).

Nur ein Staat konnte sich seitdem relativ erfolgreich Richtung Demokratie weiterentwickeln – Tunesien, das flächenmäßig kleinste nordafrikanische Land, welches bis dahin vor allem als Pauschaltourismusziel bekannt war. Im September und Oktober 2019 fanden sogar die dritten aufeinanderfolgenden freien und fairen Wahlen statt, welche zu einem erneuten Regierungswechsel führten, wenngleich sich Tunesien seit dem Ende der Ben-Ali-Diktatur in einer ökonomischen und teilweise politischen Dauerkrise⁴ befindet. Auch wenn in gewissen Teilen der Bevölkerung Rufe nach einem neuen starken Führer zu vernehmen sind, erachten nur wenige tunesischen Akteure eine Rückkehr zur autokratischen Herrschaftsweise für wahrscheinlich – vielmehr wird mit Argusaugen über die gewonnenen Freiheiten gewacht (Jamal et al. 2019). Im arabischen Raum bleibt Tunesien derzeit die demokratische Ausnahme, was in der Wissenschaft zur Frage führte, ob es ein Modell oder Sonderfall für die Region ist. So vertritt zum Beispiel der Politikwissenschaftler Safwan M. Masri die These, dass das Land eine „arabische Anomalie“ sei (Masri 2017).

Da selbst einige muslimische Theoretiker die These der arabischen Demokratieunfähigkeit bzw. des islamischen Exzeptionalismus vor allem mit der Rolle der Religion begründen (vgl. z. B. Adonis 2001b; Arkoun 2001), eröffnet sich in Tunesien ein äußerst interessantes Untersuchungsfeld, um die Frage der Verbindung von Demokratie und Islam genauer zu analysieren. Mit der dort herrschenden Meinungsfreiheit hat man einen Fall vorliegen, in dem die Gesellschaft die Frage nach der Stellung der Religion selbst verhandelt. Im Zuge der 2011 begonnenen und 2014 abgeschlossenen Verfassungsgebung avancierte der Themenkomplex zu einem Hauptstreitpunkt über die zukünftige Ordnung der

⁴ Seit 2011 gelingt es der tunesischen Wirtschaft nicht, an die Wachstumsraten vor der Demokratisierung anzuschließen (Claes 2016). Oft werden die regelmäßigen politischen Krisen als Begründung hierfür herangezogen, so die Ermordung zweier Oppositioneller 2013, die islamistischen Anschläge 2015, der Regierungswechsel im Zuge des *Accord de Carthage*, die langwierige Regierungsbildung 2019 oder der Rücktritt der Regierung Fakhfakh 2020.

Tunesischen Republik, bei dem sich auf der einen Seite die islamistische⁵ Partei *Harakat Ennahda* (arab. „Bewegung der Renaissance“) befand, die sich anfangs eine Aufnahme der Scharia in die Verfassung als juristische Referenz sowie eine starke Stellung des Islams als Staatsreligion wünschte (Riahi 2016, S. 39 f.); auf der anderen Seite stehen ihre Gegner:innen, die meist als Modernist:innen, Säkulare oder Laizist:innen bezeichnet werden und die ein weites Parteienspektrum abbilden, das nahezu alle restlichen nicht-dezidiert islamistischen Parteien umfasst. Deshalb werden sie im Rahmen der Arbeit in Anlehnung an Malika Zeghal als Nichtislamist:innen bezeichnet (2016, S. 109 f.). An ihrer Spitze stand bis 2019 die säkulare Sammlungsbewegung *Nidaa Tounes* (arab. Ruf Tunesiens) des Übergangspremiers und späteren Präsidenten Béji Caïd Essebsi. Im Rahmen der Verfassungsgebung konnte ihre Auseinandersetzung durch den sogenannten *Nationalen Dialog* gelöst werden – jedoch nicht endgültig. Während der Wahlen 2014 und 2019 wurde sowohl von Medien als auch politischen Akteuren der Konflikt wieder festgestellt und als Lagerwahlkampf beschrieben, weshalb in der Wissenschaft das Aufkommen eines zentralen gesellschaftlichen Konflikts bzw. *Cleavages* ausgemacht wird, der zwischen Säkularen (Nichtislamist:innen) und Islamist:innen verlaufen solle, was aber nicht unumstritten blieb (Jourchi 2013, S. 361; Murphy 2013, S. 238; Gobe und Chouikha 2014, S. 93; Grami 2014; van Hamme et al. 2014, S. 754; M’Rad 2014, S. 261; Redissi 2014, S. 387; Schäfer 2014; Turki 2014, S. 37; M’Rad 2015, S. 110 f.; Quamar 2015, S. 282 f.; Zeghal 2016, S. 131; Boubekeur 2016; Kréfa 2016, S. 121–126; AlDailami und Zapf 2018, S. 318). Manche Publikationen lehnen eine solche Vereinfachung ab und bezeichnen die „säkular-islamistische“ Bruchlinie vereinzelt sogar als einen Mythos (Faath und Mattes 2014, S. 4 f.; Zemni 2016, S. 140–145; Gorman 2018). Aufgrund der wiederholten Rezeption des Konflikts in Medien und Wissenschaft ist im Sinne des Thomas-Theorems trotzdem anzunehmen, dass sich dementsprechend zumindest gewisse Aspekte in der tunesischen Gesellschaft finden lassen müssen: Wenn ein solcher Konflikt immer wieder konstruiert wird, werden Akteure in Annahme dieser These handeln.

⁵ Der Begriff islamistisch führt im Alltagsgebrauch oft zu Ungenauigkeiten, da er ein sehr weites Spektrum heterogener Bewegungen und Parteien umfasst, die von moderaten Islamist:innen – wenn nicht sogar muslimdemokratischen Parteien – über Vertreter der Muslimbruderschaft hin zu salafistischen und jihadistischen Strömungen reicht. Daher wird im Zuge der Arbeit der Begriff als Synonym für ‚politischer Islam‘ verstanden, der nach Klevesath wie folgt definiert wird: „*Islamism‘ and ‚Political Islam‘ [are] interchangeable, referring to the current of Political thought and action whose adherents see the teachings of Islam as the main source of political ideas and values and who are not only identified with ‚Islamism‘ or ‚Political Islam‘ by others but identify themselves as ‚Islamiyyun‘ (Islamists)‘*“ (Klevesath 2014, S. 45).

So stellt sich der Konflikt und die Form seiner Debatte als interessanter Untersuchungsgegenstand heraus, wie im Folgenden detailliert erläutert wird. Zunächst wird auf die Problemstellung, die Forschungsfragen sowie ihre Relevanz eingegangen und anschließend der aktuelle Forschungsstand dargestellt. Die Einleitung schließt mit einer Einführung in den Aufbau der Arbeit.

1.1 Problemstellung und Forschungsfragen

Obwohl Tunesien im regionalen Vergleich in der wissenschaftlichen Literatur – auch aufgrund seiner geringen Größe – lange Zeit geringe Aufmerksamkeit erfuhr, ist es im Kontext der These der Demokratieunfähigkeit der arabischen Welt und ihrer Verbindung mit der islamischen Religion auf diversen Ebenen ein interessanter Fall; vor allem da es als mehrheitlich muslimisches Land Probleme bei der Etablierung der Demokratie haben sollte (World Value Survey Tunisia 2016). Trotzdem wurde eine bisher relativ erfolgreiche Demokratisierung angestoßen, in der auch die Frage der Stellung der Religion verhandelt wurde. Dabei will sich die Arbeit keineswegs in theoretischen Debatten bezüglich der Vereinbarkeit von Demokratie und Islam verlieren, da auf allgemeiner Ebene ein solches Unterfangen sinnlos ist. Der Versuch würde die empirische und interne Diversität einer Weltreligion auf einzelne Fragmente reduzieren, die jeweils Einfluss auf die Beantwortung der Frage haben. Auch eine theoretische Auseinandersetzung für den tunesischen Fall ist sehr kompliziert, da Religion stets von der Wahrnehmung der jeweiligen Individuen und ihrer Praxis abhängt, weshalb sie in ihrer weiten Definition nach Michael Bergunder verstanden wird, die er „*Religion 2*“ nennt und als „*ein zeitgenössisches, alltägliches Religionsverständnis*“ bestimmt (Bergunder 2012, S. 12 f.). Es wird daher das miteinbezogen, was von den Menschen und somit der Gesellschaft als Teil von ihr gesehen wird.

Deshalb ist eine Auseinandersetzung ertragreich, die die empirische Regelung und die konkrete Verhandlung der Frage in den Fokus rückt, um zu verstehen, was debattiert wird und wie sich der Konflikt konstituiert. Hierfür sind insbesondere die Ansichten der jeweiligen Diskussionsteilnehmer:innen über das ideale Verhältnis zwischen Islam und Staat zentral, da sie der Konfliktgegenstand sind, der verhandelt werden sollte. Die empirische Untersuchung der Vorstellungen der Akteure erhellt zudem die theoretische Diskussion, da in Tunesien offenbar ein Verhältnis zwischen Religion und Staat existiert, das der Entwicklung von Demokratie – egal in welcher Form, d. h. nicht zwingend der westlich-liberalen – nicht entgegensteht (Abbas 2019). Die Studie versteht sich daher nicht als Beitrag zur Demokratietheorie, sondern als Fallstudie, die durch die Bereitstellung

der Informationen Grundlage für eine weitere Auseinandersetzung mit diesem Themenkomplex sein kann.

Eine Herausforderung in der Untersuchung des Konflikts liegt in seiner kontroversen Darstellung in der Wissenschaft begründet, da es einerseits Beiträge gibt, die das Vorhandensein eines die gesamte Politik und Gesellschaft prägenden *Cleavages* zwischen Islamist:innen und Nichtislamist:innen postulieren (vgl. van Hamme et al. 2014); andererseits existieren auch solche, die ihn kritisch diskutieren, seine Struktur und Inhalte hinterfragen und dafür argumentieren, dass er ein Mythos sei (vgl. z. B. Gorman 2018). Trotz alledem wird der Konflikt vonseiten der tunesischen Medien sowie der politischen Akteure – meist im Zuge von Wahlen – regelmäßig rekonstruiert und seine Existenz behauptet. So hat die Partei *Nidaa Tounes* 2014 einen dezidierten Anti-Ennahda-Wahlkampf betrieben und versucht, diejenigen Wähler:innen zu erreichen, die eine weitere Regierungsbeteiligung der islamistischen Partei verhindern wollten (Grewal und Hamid 2020, S. 5 f.). Auch 2019 ist dasselbe Moment aufgetreten, als zum Beispiel der Parteichef der liberalen *Afek Tounes* dazu aufgerufen hat, einen säkularen Block zu formen, der eine Regierung unter Führung der Ennahda verhindern kann (Saidani 2019). Die Grenzen der verschiedenen Lager werden dabei stets sehr klar gezogen, nämlich zwischen den Islamist:innen der Ennahda, die es zu verhindern gilt, und den restlichen Parteien. So konstatierte beispielsweise die Journalistin Emna Ben Abdallah: „*Man muss sagen, dass die Zersplitterung der demokratisch-progressiven Familie zugunsten der islamistischen Partei Ennahda war*“ [Übers. d. A.] (2019). Der Konflikt ist zudem kein neues Phänomen da bereits seit 1981 mit der Gründung der *Mouvement de la Tendance Islamique* (MTI), der Vorgängerorganisation der Ennahda, ein Konflikt zwischen den Regimen Habib Bourguibas und Zine el-Abidine Ben Alis und den Islamist:innen besteht. Unter dem Credo der Verteidigung der Modernität standen sie im Fokus der Sicherheitskräfte, weshalb sie als Teil der Opposition Repressionen – von Gefängnis bis Exilierung – erleiden mussten (Turki 2014, S. 35; Lafi 2016, S. 8). Es gibt daher Indizien, dass zwischen beiden Lagern ein Konflikt existiert – wie genau er sich manifestiert, gilt es im Zuge der Arbeit zu untersuchen. In Anbetracht der vorhandenen Literatur stellt sich die Studie daher die leitende Forschungsfrage, worum und warum zwischen Islamist:innen und Nichtislamist:innen gestritten wird. Eine Antwort darauf kann Klarheit in die wissenschaftliche Debatte bringen, ob ihr Konflikt ein *Cleavage* oder ein Mythos ist.

Daneben gibt es in der Wissenschaft keine Einigkeit, was für eine Partei die Ennahda nun genau ist und ob diese als islamistisch bezeichnet werden kann, oder ob sie, wie sie von sich selbst behauptet, eine muslimdemokratische Partei nach dem Vorbild der CDU ist (Portes 2016; Ounissi 2016; Marks 2016).

Trotzdem bleibt es äußerst plausibel, dass eine Seite, die sich genuin über ihre Religionszugehörigkeit als ‚*Islamiyyun*‘ (Islamist:innen) definiert, eine andere Vorstellung bezüglich des idealen Verhältnisses von Religion und Staat hat, als die ihnen als entgegengesetzt definierten Akteur:innen. Auch sie erscheinen nicht als klar umrissene Gruppe: es werden verschiedenste Begriffe zur Selbstbezeichnung verwendet, die von Säkularen oder Laizist:innen über Modernist:innen bis zu Progressiven reichen. Dabei gehen mit den Begriffen jeweils verschiedene Schwerpunktsetzungen in der politischen Programmatik einher, die sich in der Diversität des Lagers zeigen, da sich dort ein weites Spektrum von Liberalen, Zentrist:innen, Linken und Kommunist:innen bis hin zu säkular-konservativen und gar faschistoiden Kräften findet. Sie eint scheinbar einzig ihre Gegnerschaft zu den Islamist:innen.

Sollte es sich also bei dem Konflikt um eine Bruchlinie handeln, müssten sich Differenzen in den Vorstellungen der jeweiligen Akteure in Bezug auf das ideale Verhältnis zwischen Religion und Staat finden lassen. Gerade weil diese Aspekte unklar sind, ist es für ein Verständnis des Konflikts unerlässlich, sich mit den jeweiligen Positionen der Lager auseinanderzusetzen. Da zudem seine Verfasstheit bis hin zu seiner Existenz in der Wissenschaft umstritten ist, behandelt die Studie die Frage, ob es überhaupt zwischen den in den tunesischen Medien und Politik skizzierten Lagern der Islamist:innen und Nichtislamist:innen inhaltliche Differenzen in Fragen des Verhältnisses von Religion und Staat gibt und wenn nicht, worum bzw. ob sie überhaupt streiten. Sofern es Differenzen gibt, wird noch die Frage nach dem Grund des Konflikts diskutiert. Es steht also in Frage, ob und wenn ja, welche unterschiedlichen Vorstellungen die Islamist:innen und Nichtislamist:innen haben, die sie zur anderen Seite abgrenzen und warum sie sich darin unterscheiden. Aufgrund der Beiträge, die die Existenz des Konfliktes negieren, scheint eine grundsätzliche Auseinandersetzung notwendig und geboten, was wiederum ein ergebnisoffenes Verfahren erfordert.

Die vorliegende Arbeit reiht sich entsprechend in die qualitative Sozialforschung ein. Ein quantitativer Zugang erscheint nicht sinnvoll, da es aktuell in Frage steht, ob und worum gestritten wird. Es muss also ein Vorgehen gewählt werden, das explorativ nach einer gewissen Bandbreite der Vorstellungen fragt, um herausfinden zu können, wo eigentlich der Unterschied zwischen den oft behaupteten Lagern liegt. Erst wenn die qualitative Studie gelingt und mögliche ausschlaggebende Vorstellungen und Konfliktgegenstände identifiziert sind, wird quantitative Forschung möglich. Zur weiteren Eingrenzung konzentriert sich die Studie auf die Vorstellungen der Eliten, da sie die postulierten Akteure sind, deren Vorstellungen in der politischen Debatte zur Disposition stehen. Mit dem tunesischen Elitensample, dessen Auswahl weiter unten diskutiert wird, wurden

halboffene Leitfadeninterviews geführt, da auf diese Weise angenommen wird, einen Zugang zu ihren jeweiligen Vorstellungen zu erhalten. Damit lässt sich die Studie auch als Beitrag zum interpretativen Strang der *Comparative Political Theory* begreifen, der die Verwendung und Bedeutung politischer Begriffe und Konzepte für den tunesischen Fall erschließt (Ackerly und Bajpai 2017, S. 282–284).

Ziel der qualitativen Studie ist es schließlich, herauszuarbeiten, worin sich die Vorstellungen der Eliten der Islamist:innen und Nichtislamist:innen in Politik und Zivilgesellschaft unterscheiden – sofern das überhaupt der Fall ist. Auf diese Weise kann auch geklärt werden, ob es sich hierbei um einen *Cleavage* handelt, oder ob wir ein anderes Phänomen beobachten können. Schließlich soll auch der Grund für die Unterschiede gesucht werden, um ein tieferes Verständnis der tunesischen Auseinandersetzung um Religion und Staat zu erlangen.

1.2 Relevanz der Forschung

Auch wenn sich die Fragen eingangs banal anhören, ist ihre Beantwortung aufgrund der wissenschaftsinternen Differenzen sowohl auf praktisch-empirischer als auch theoretischer Ebene relevant. Im Sinne der *Area Studies* ermöglicht die Untersuchung des Konflikts und seines Gegenstandes ein tieferes Verständnis Tunesiens und seiner Parteienlandschaft, was in Anbetracht der Tatsache seines Sonderstatus als einzige arabische Demokratie lohnend ist. So können Aspekte für die gesamte *Middle-East-North-Africa (MENA)*-Region erhellt werden, was unter Umständen Rückschlüsse auf Demokratisierungsmöglichkeiten, Parteiensysteme und gesellschaftliche Bruchlinien der Region ermöglicht. Selbstverständlich darf daraus nicht der Fehlschluss entspringen, dass die tunesischen Verhältnisse per se auf andere Staaten übertragbar seien. Dennoch kann in diesem Zusammenhang Tunesiens Rolle als Vorbild oder Sonderfall der arabischen Welt elaboriert werden.

Durch das umfangreiche Datenmaterial stellt die Arbeit dem deutschen Kontext zudem zahlreiche Informationen zur Verfügung, wie beispielsweise die Darstellung des Ist-Zustandes des Verhältnisses Religion und Staat. Indem sie zeigt, wie die religiösen Angelegenheiten in einem muslimisch und demokratisch verfassten Land organisiert sind, erleichtert sie ein Verständnis der Vorstellungen der jeweiligen Akteure und ermöglicht Rückschlüsse auf andere Kontexte, z. B. die Integration der islamischen Religion in den westlichen Kontext. Dort wird oft versucht, Konzepte wie Kirchenstaatsverträge auf Religionsgemeinschaften anzuwenden, die mit ihnen eigentlich inkompatibel sind – so fehlt

im sunnitischen Islam ein Kirchenäquivalent, das als zentrale Organisation und Verhandlungspartner für den Abschluss eines solchen Kirchenstaatsvertrages fungieren könnte.

Der Fokus auf die empirisch vorkommenden Vorstellungen der Eliten des Konfliktes zwischen Islamist:innen und Nichtislamist:innen birgt einen doppelten Erkenntnisgewinn. Erstens können dadurch auf empirischer Ebene mögliche Partner:innen ausgemacht werden, die für eine politische Zusammenarbeit in Frage kommen; das Wissen über ihre Ziele und Wertvorstellungen erleichtert die außenpolitische Kooperation, da ihre Normen und Werte in Verhandlungen leichter antizipiert werden können. Zweitens erfüllt die Studie durch ihre Verortung im interpretativen Strang des *Comparative Political Thought* den Anspruch, die Verwendung und Bedeutung von Begriffen und Konzepten der politischen Theorie und Ideengeschichte in anderen Regionen und Kontexten zu erschließen, zu verstehen und zur Verfügung zu stellen. Durch einen Blick auf die arabische Ideengeschichte lassen sich Kontinuitäten und Gemeinsamkeiten feststellen, die das Verständnis der Region erhöhen.

Weiterhin überprüft die Studie auf theoretischer Ebene die Aktualität der *Cleavages*, wie sie weiland von Rokkan und Lipset (1967) dargelegt wurden. Obschon sie sich auf Fallbeispiele des westlichen Kontexts konzentriert haben, ermöglichen ihre modernisierungstheoretischen Annahmen eine Ausweitung ihrer Überlegungen auf weitere Regionen, was dennoch theoretische Anpassungen erfordert. Unter Verwendung der vorliegenden Fallstudie können sie gleichzeitig überprüft werden, wodurch auf theoretischer Ebene ein tieferer Einblick in die MENA-Region gewonnen werden kann.

Außerdem schlägt die Arbeit ein Verfahren vor, welches die empirische Überprüfung der Existenz einer gesellschaftlichen Bruchlinie zulässt. Es grenzt sich hierbei von diskursanalytischen Verfahren ab, indem es die Kollektivität der Vorstellungen in einem Diskurs nicht schlichtweg annimmt, sondern versucht, sie kleinschrittig zu rekonstruieren. Der Frage der Existenz kollektiven Denkens wird sich also grundsätzlich ergebnisoffen angenähert, weshalb in Überkreuzung mit dem thematisch offenen Vorgehen Fehlschlüsse vermieden werden, die durch Vorannahmen verursacht werden, die dem Kontextwissen oder der Position des:der Forschenden bzw. vorschneller Behauptungen von gemeinsamen Vorstellungen entspringen. Mithilfe der Beantwortung der zentralen Forschungsfrage, worum und warum sich die beiden tunesischen Konfliktlager streiten, überprüft und aktualisiert die Studie folglich den Wissensstand zu Fragen der kollektiven Vorstellungen.

1.3 Forschungs- und Literaturstand

Insgesamt kann für die Arbeit auf einen relativ umfangreichen Forschungs- und Literaturbestand zurückgegriffen werden, der sich je nach Themengebiet unterscheidet. Insbesondere ist die theoretische Literatur zu den zentralen Forschungskonzepten des *belief systems* und *Cleavages* sowie der Methodik von jener zu Tunesien oder dem Verhältnis von Islam und Staat zu differenzieren. Als Tiefenanalyse eines politischen Konflikts kann die Untersuchung auf einen weiten Fundus an Literatur zurückgreifen, wobei vor allem Theorien zu gesamtgesellschaftlichen Konflikten relevant sind, allen voran der Begriff des *Cleavage*. Er wurde 1967 von Seymour Lipset und Stein Rokkan in ihrem Sammelband über die Entwicklung von Parteiensystemen als mögliche Erklärung ihrer Entstehung anhand modernisierungstheoretischer Erwägungen konzipiert. Der Eingang in den Lehrkanon hat einerseits bewirkt, dass es hierzu einen reichhaltigen Literaturbestand aus Artikeln, Lehrbüchern und weiterführenden Debatten in Französisch, Englisch und Deutsch gibt (z. B. Enyedi 2008; Detterbeck 2011; Le Bohec und Le Digol 2012; Niedermayer 2013; Bértoa 2014). Unter anderem wird aktuell diskutiert, ob es neuerdings den Identitäts*cleavage* als neue Form gibt (Bizeul et al. 2019). Andererseits führte das zu einer analytischen Überhöhung des Konzepts, die ihm ursprünglich nicht zugeordnet war. Das Problem lösten schließlich 1990 Bartolini und Mair (1990), indem sie den Begriff von seinen modernisierungstheoretischen Implikationen isolierten und aus ihm ein Konzept machten, mit dessen Hilfe Konflikte dahingehend analysiert werden können, ob es sich bei ihnen – auch fernab der klassischen gesellschaftlichen Bruchlinien – um eine solche handelt.

Nichtsdestotrotz stellt ein sunnitische Land beide *Cleavage*-Begriffe vor analytische Herausforderungen, die mithilfe des Konzepts des Antagonismus von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe erweitert werden, welches das Ehepaar in Rückgriff auf Antonio Gramscis Hegemonietheorie in ihrem Buch *Hegemonie und radikale Demokratie* (1991) ausarbeitete. Von da an entwickelten sich die analytischen Schwerpunkte der beiden in verschiedene Richtungen, wobei Laclau sich mehr theoretischen und Mouffe eher empirisch-praktischen Fragen zuwandte. Beide müssen sich aber den Vorwurf gefallen lassen, dass ihre Arbeiten kaum Überlegungen zur Operationalisierung bereithalten, weshalb unter anderem auf die Arbeiten Martin Nonhoffs (2015) und Alex Demirovics (2015) zurückgegriffen wird.

Als Messkonzept wurde sich für den Begriff des *belief systems* entschieden, welches bereits von Talcott Parson (1991 [1951]) erstmals vorgeschlagen wurde. Seinen Eingang in die Forschung fand es vor allem durch die Studie von Philip

Converse aus dem Jahr 1964, die noch heute als Referenzaufsatz gilt. Bis in die 1970er Jahre hinein erfreute sich das Konzept einer regen Konjunktur, was zu unterschiedlichen Verwendungen in verschiedensten Disziplinen führte. So findet es sich in der Internationalen Politik (Holsti 1962) oder zur theoretischen Unterscheidung von Ideologien (Sartori 1969). Nach einer längeren Flaute in den 1980ern bis 2000ern erlebte der Begriff insbesondere in der Politikwissenschaft und Psychologie eine neue Konjunktur, wobei er sowohl qualitativ (z. B. Matti 2009; Griffiths 2014; van Ree 2016) als auch quantitativ (z. B. Baldassarri und Goldberg 2014; Brandt et al. 2019) verwendet wird. Dabei stechen vor allem die Veröffentlichungen von Edmond Griffiths (2014) sowie aus dem *The Belief System Laboratory* der Michigan State University, einer integrierten Forschungseinrichtung aus Sozialwissenschaften und Psychologie unter der Leitung von Mark Brandt, hervor. Besonders ist, dass das *belief system* auch von Informatiker:innen und Mathematiker:innen (Uso-Domenech und Nescolarde-Selva 2012) aufgegriffen wird. Wenngleich bis heute die englischsprachige Literatur dominiert, findet der Begriff im deutschen Sprachraum immer öfter Verwendung, wie z. B. seine prominente Erwähnung in den Publikationen des interdisziplinären DFG-Graduiertenkollegs *Deutungsmachtkonflikte in Religionen und Belief Systems*⁶ an der Universität Rostock (Stoellger 2014a). Von manchen Wissenschaftler:innen wird sogar konstatiert, dass der Begriff bereits in der Forschung weit akzeptiert ist, obschon noch ein Mangel an empirischen Untersuchungen vorliege – sie stecken beinahe noch in den Kinderschuhen (Friedkin et al. 2016, S. 326).

Aufgrund seiner diversen Verwendung hat sich noch kein methodisches Standardverfahren als Operationalisierung entwickeln können. Aktuell reicht das Spektrum von standardisierten quantitativen Umfragen (z. B. Friedkin et al. 2016) über qualitativ-interpretative Vorgehen (z. B. Blum 1993; Mohr und Thielicke 2020) hin zu hermeneutischen Ansätzen (z. B. Chan 1979; Bizeul 2018), weshalb keine Arbeit für die vorliegende Studie Modell stehen kann. Aufgrund dessen wird ein eigenes Vorgehen aus insbesondere zwei Inspirationsquellen entwickelt: erstens der *Grounded Theory*, streng genommen keine Methode, sondern ein qualitativ-interpretativer Forschungsansatz, und zweitens der *Qualitative Comparative Analysis (QCA)*. Die von Anselm Strauss und Juliet Corbin 1990 entworfene *Grounded Theory* wurde als umfassendes qualitatives Forschungsprogramm entwickelt, um neue Theorien mit großer Nähe zum Untersuchungsmaterial (*grounded*) zu ermöglichen. Wenngleich sich anschließend die Ansätze beider Forscher:innen zu unterscheiden beginnen, beruft sich

⁶ Die vorliegende Studie ist im Rahmen dieses Graduiertenkollegs entstanden.

diese Arbeit auf ihr gemeinsames Werk als Quelle der wissenschaftlichen Inspiration. Heute ist die *Grounded Theory* ein oft verwendetes, ausdifferenziertes qualitatives Forschungsprogramm. Die *QCA* wurde von Charles Ragin (1987) zur Analyse mittlerer Fallzahlen (N) entworfen und befindet sich als mengentheoretisches Verfahren zwischen qualitativen und quantitativen Methoden. Neben diversen Weiterentwicklungen wie die *fuzzy set QCA*, die bereits große Ähnlichkeit zu Regressionsanalysen aufweist, stellt sie weiterhin einen gewissen Sonderfall im Methodenarsenal dar (Buche und Siewert 2015).

In Anbetracht dessen, dass Tunesien ein kleines Land ist, gibt es verhältnismäßig viel Literatur, wobei die wissenschaftliche Auseinandersetzung nach der Revolution 2011 geradezu explodiert ist. Durch die neue Forschungsfreiheit kann zudem auf eine wachsende Zahl tunesischer englisch- und französischsprachiger Veröffentlichungen zurückgegriffen werden, wobei Monografien in den Erscheinungslisten überwiegen (z. B. M’Rad 2015; Karray 2015; Gherib 2017; Grami 2018). Arabische Literatur konnte aufgrund mäßiger Sprachkenntnisse nicht zeitökonomisch miteinbezogen werden. In Anbetracht ihrer geringen Anzahl, die in der dominierenden tunesischen Wissenschaftssprache Französisch – und mit steigendem Gewicht Englisch – begründet ist, erscheint der Mangel als nicht erheblich. Hervorzuheben ist dennoch die neue *Revue tunisienne de Science Politique* der tunesischen Vereinigung für Politikwissenschaften (*Association Tunisienne d’Études Politiques* – ATEP), die in verschiedenen Sprachen aktuelle Forschung veröffentlicht. Auf Deutsch dominiert vor allem Graue Literatur der politischen Stiftungen vor Ort, die ein buntes Potpourri behandeln, wobei neben der 2019 publizierten Dissertation Nabila Abbas’ über den Zusammenhang der Imaginäre⁷ mit der Revolution und dem Sammelband von Hobuß et al. 2019 in letzter Zeit immer mehr deutschsprachige wissenschaftliche Publikationen zu Tunesien erscheinen.

Für einen Überblick über die tunesische Geschichte bis zur Revolution, der für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung notwendig ist, empfehlen sich die Einführungen von Eric Gobé und Labria Choukhia (2014) sowie Kenneth Perkins (2014). Aktuelle Versuche eines politikwissenschaftlichen Gesamtüberblicks über Tunesien wie Safwan M. Masris *Tunisia – An arab anomaly* (2017) gibt es nur wenige. Der Großteil der Publikationen beschäftigt sich vor allem mit spezifischen Themen, wobei es eine Dominanz in Bezug auf soziale Bewegungen (z. B. Deane 2013; Martin 2015) und politischen Islam (Wolf 2017) gibt, wobei Tunesien in Monografien meist als Vergleichsfall auftaucht (z. B. Cristiani 2016). In Bezug auf

⁷ Die Autorin verwendet den Begriff explizit im Plural (Abbas 2019, S. 103).

die zentrale Forschungsfrage findet sich – wie bereits dargestellt – keine Einigkeit, obschon auf eine gewisse Literaturgrundlage zurückgegriffen werden kann (z. B. Gobe und Chouikha 2014). Während die Existenz eines Konflikts zwischen Islamist:innen und Nichtislamist:innen fast überall anerkannt wird, zeigen sich bei einigen Zweifel, ob die bisherigen Darstellungen überhaupt zutreffen (z. B. Murphy 2013; Jouchi 2013; Quamar 2015). Schließlich gibt es mit Brandon Gormans Studie (2018) über die säkular-islamistische Spaltung auch eine Position, die den Konflikt als Mythos bezeichnet. Daneben gibt es eine Handvoll Monografien, die sich mit der Entwicklung des Verhältnisses von Religion und Staat auseinandersetzen. Dabei sind die Arbeiten von Monika Zeghal (2016) und Sarah Feuer (2018) hervorzuheben, die beide eine Vereinnahmung der Religion und somit ein instrumentelles Verhältnis für Tunesien feststellen. Dennoch findet sich auf Eliteebene bisher keine explizite Analyse des Konflikts zwischen Islamist:innen und Nichtislamist:innen.

Auf theoretischer, allgemeiner Ebene gibt es zu dem Verhältnis von Staat und Islam hingegen in allen Sprachen eine Unmenge an Literatur, wobei lange Zeit die Frage nur vor der These der Demokratieunfähigkeit des Islams diskutiert wurde, weshalb vor allem neuere Literatur interessant ist. Eine frühe gegenläufige Stimme stellt beispielsweise Reinhard Schulze dar, der in seiner *Geschichte der islamischen Welt im 20. Jahrhundert* auf Debatten in der arabischen Welt eingeht (1996). Der Sammelband *Islam, Demokratie, Moderne* von Erdmute Heller und Hassouna Mosbahi (2001) ist dabei besonders wertvoll, da er ausschließlich aus übersetzten Beiträgen arabischsprachiger Autoren besteht. Heute ist die Auseinandersetzung wesentlich differenzierter, weshalb auch verschiedenste Aufsätze und Monografien herangezogen werden können (z. B. Krämer 2011; Ferjani 2012; Zapf 2012; Donker und Netterstrøm 2017). Dank dem Kompendium zur Geschichte des modernen politischen Denkens in der arabisch-islamischen Welt von Andreas Brüggemann (ehemals: Maier) (1996) und dem englischsprachigen Äquivalent von John J. Donohue und John L. Esposito (2007) konnten historische Werke, die entsprechende Fragen behandeln, in die Studie miteinbezogen werden. Dort finden sich besonders spannende Auseinandersetzungen wie beispielsweise ʿAlī ʿAbd ar-Rāziq oder ʿAbd ar-Rahmān al-Kawākibī. Leider werden heute einige Übersetzungen arabischer Autoren nicht mehr verlegt (z. B. al-Ġazzālī 1916).

Daneben greift die Arbeit auf verschiedene Artikel und Monografien über die Elite bzw. bestimmte Akteure zurück, die für die Fragestellung unerlässlich sind, wobei es wesentlich mehr Literatur zur islamistischen Ennahda als über einzelne nichtislamistische Akteure gibt, was wiederum in ihrer Fragmentierung begründet ist (z. B. Chabbi 2015; Yousfi 2015; Boubekeur 2016; Amrani 2016; Marks 2017).

Hervorzuheben ist die detailreiche, englischsprachige Studie über die Ennahda von Anne Wolf (2017). Ein weiteres instruktives Werk zum Einstieg in den Forschungsstand ist die Sonderausgabe der französischen Fachzeitschrift *Pouvoirs* (2016) zu Tunesien, die ein breites thematisches Spektrum abdeckt.

Als qualitative Elitenstudie, die vor allem auf Interviewdaten beruht, bedarf es einer Rückkopplung an den Mediendiskurs oder repräsentative Forschungsdaten. Für letzteres kann man sowohl auf das *Arabarometer* von Jamal, Shikaki et al. (2019) als auch den *World Value Survey* (Wave 6) zurückgreifen, in denen Tunesien in den letzten Wellen auftaucht. Dort finden sich auch Zahlen zur Verbreitung von Normen, politischen und religiösen Ansichten sowie Einstellungen. Ersteres stellt hingegen ein größeres Hindernis dar, da arabo- wie frankophone Tageszeitungen (*Achourouk*, *Assabah* [arab.], *Le Temps*, *La Presse* und *Le Quotidien* [franz.]) in Deutschland nicht in ihrer Printversion erhältlich sind, wobei glücklicherweise einige der Zeitungen eine – zumindest abgespeckte – Onlineversion anbieten. Da die ausschließlichen Onlinezeitungen (*Kapitalis*, *Businessnews*, *Nawaat*, *Webdo*) in Tunesien ebenso wichtig sind, dienen sie neben einigen Wochen- und politischen Debattenmagazinen – wie die *JeuneAfrique*, *Leaders*, *Réalités* oder *Le courriel de l'Atlas* – sowie den Pressemeldungen der staatlichen Nachrichtenagentur *Tunis Afrique Presse* (TAP) als weitere Informationsquelle.

1.4 Aufbau der Arbeit

Um nach der Einleitung die zentrale Forschungsfrage beantworten zu können, worin sich die Vorstellungen der Islamist:innen und Nichtislamist:innen unterscheiden, gliedert sich die Studie grundlegend in drei Teile. Der erste diskutiert im Anschluss an die Einleitung die theoretischen Begriffe, die angewandte Methodik sowie ihre Operationalisierung (Kapitel 2), der zweite rückt die Analyse und Darstellung der erhobenen Daten ins Zentrum (Kapitel 3). In Kapitel 4, dem dritten Teil, können dank der erfolgten Analyse des vorangehenden Abschnitts die Ergebnisse unter der theoretischen Brille zusammengefasst und die Forschungsfragen beantwortet werden. Den Abschluss bildet – nicht überraschend – ein Resümee der gesamten Arbeit und eine selbstkritische Einordnung der Ergebnisse sowie des methodischen und theoretischen Rahmens.

Als qualitativ ausgerichtete Untersuchung dient die Erläuterung des theoretischen Settings und seiner Begriffe in Kapitel 2 in erster Linie der Beleuchtung ihres Vorgehens, womit gleichzeitig ihre Möglichkeiten und Grenzen ausgelotet werden. Der Begriff des *Cleavages* bietet sich dabei als Ausgangspunkt an, da der tunesische Konflikt zwischen Islamist:innen und Nichtislamist:innen in der

bestehenden Literatur oft als solcher bezeichnet wird – was im Verlauf des Forschungsprozesses zu überprüfen ist. Hierfür werden seine Begriffsgeschichte und mögliche Definitionen abgewogen, wobei diejenigen von Lipset/Rokkan (1967) und Bartolini/Mair (1990) für die Studie verbunden werden. Letztere hat zum Ziel, den Begriff des *Cleavage* als Analysekatgorie für Konflikte zu ertüchtigen, was uns der Antwort auf das ‚Worum‘ im tunesischen Fall näherbringt. Erstere Definition besitzt hingegen aufgrund ihrer modernisierungstheoretischen Implikation und der damit verbundenen Zusammenhangsaussagen mehr erklärendes Potential, wodurch das ‚Warum‘ der zentralen Forschungsfrage geklärt werden kann. Dennoch muss notwendigerweise das Konzept für den sunnitischen Kontext Tunesiens durch Verbindung und Erweiterung mit anderen Begriffen zu einem für die Studie probaten analytischem Konzept angepasst werden. Hierfür wird erstens auf die Arbeiten von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, deren Überlegungen über die Struktur eines Diskurses in Form des Antagonismus einige wichtige Lücke füllen, zurückgegriffen. Beide verwendeten Auffassungen des *Cleavages* begreifen für einen islamischen Kontext seine strukturelle Ebene zu statisch. Zweitens besitzt eine Konfliktlinie stets eine damit verbundene ideologische Ebene, weshalb sie sich in unterschiedlichen Vorstellungen der Akteur:innen der jeweiligen Lager zum betreffenden Konfliktgrund, im vorliegenden Fall – mutmaßlich – dem Verhältnis von Staat und Religion niederschlagen sollte. Da aber die theoretischen Ausführungen keine exakten Angaben machen, wie die Ebenen erfasst werden, wird der Begriff des *belief systems* eingeführt. Er lässt es zu, die individuelle Vorstellungswelt der einzelnen interviewten Akteur:innen auf eine kollektive Ebene zu heben, was die Analyse kollektiver Ideologien ermöglicht. Er geht davon aus, dass die Welt den Menschen nur in Deutungen zugänglich ist, welche den Charakter von *beliefs* haben und sich schließlich durch ihre Verbindungen zu *belief systems* zusammenfassen lassen, die wiederum die Deutungen beeinflussen.

Um die theoretischen Konzepte für eine qualitative Studie anwendbar zu machen, folgt im zweiten Teil des Kapitels ihre Operationalisierung. Aufgrund der Offenheit der Forschungsfrage wird nicht davon ausgegangen, dass in Tunesien ein *Cleavage* zwischen Islamist:innen und Nichtislamist:innen per se vorliegt, sondern es wird sich der Frage offen genähert. Daher bedarf es einer Methode, die sich unvoreingenommen zur Untersuchung der Vorstellungen beider Lager eignet, weshalb die neu entworfene Methode der qualitativen *belief system*-Analyse vorgestellt wird. Ihre wichtigsten Inspirationsquellen stellen zum einen die *Grounded Theory* sowie zum anderen die *Qualitative Comparative Analysis* nach Ragin dar, welche aber stark abgewandelt werden, weshalb keinesfalls von ihrer exakten Anwendung gesprochen werden kann. Auf diese Weise wird es einerseits möglich, diejenigen *beliefs* bzw. Kombinationen von *beliefs* auszumachen, in denen sich

die Islamist:innen und Nichtislamist:innen unterscheiden. Andererseits erlaubt das Verfahren den Nachweis, dass zwischen den Lagern keine unterschiedlichen Vorstellungen in bestimmten Themenbereichen zu finden sind. Daneben verringert die Methode die Gefahr, bereits in der Codierungsphase ausschlaggebende Aspekte durch vorherige interpretative Schritte aus der weiteren Analyse auszuschließen. In Anbetracht dessen, dass sich die Studie auf den ersten Blick mit einem Diskurs auseinandersetzt, muss schließlich das vorgeschlagene Verfahren noch im Vergleich zu diskursanalytischen Verfahren eingeordnet und abgegrenzt werden. Inwieweit sich die angestellten Überlegungen bewährt haben, ist Teil des Fazits.

Den Abschluss des zweiten Kapitels stellt eine Erläuterung des *theoretical samplings* dar, welche für die intersubjektive Nachvollziehbarkeit einer qualitativ ausgerichteten Studie und somit der Generalisierbarkeit ihrer Ergebnisse unerlässlich ist. Da die Studie Eliten ins Zentrum rückt, wird die Auswahl der interviewten Personen beschrieben sowie mögliche Stärken und Mängel diskutiert.

Die theoretischen Grundlagen bieten schließlich in ihren Grenzen die Möglichkeit, sich in Kapitel 3 der empirischen Beantwortung der Forschungsfrage zuzuwenden. Daher steht in diesem Abschnitt die Analyse und Rekonstruktion der *belief systems*, die im erhobenen Datenmaterial ausgemacht werden können, im Mittelpunkt. Entsprechend dient das Kapitel einerseits dazu, die umfangreichen Interviewdaten für den deutschsprachigen wissenschaftlichen Diskurs zugänglich zu machen und andererseits die weitere Analyse intersubjektiv nachvollziehbar zu gestalten. Für ihre übersichtliche Darstellung werden die angenommenen *belief systems* der Islamist:innen und Nichtislamist:innen anhand von insgesamt sieben Dimensionen in Teil-*belief systems* rekonstruiert, die entweder aus theoretischer Perspektive bzw. diverser Vorannahmen oder im Forschungsprozess als für die Forschungsfrage relevant erscheinen. In den Unterkapitelkapiteln werden die jeweiligen Ergebnisse der *belief system*-Analyse vorgestellt, welche mithilfe von Zitaten illustriert und zur besseren Nachvollziehbarkeit erläutert werden. In diesem Zuge werden sie in Bezug auf ihre Aussagekraft diskutiert, indem sie mit einer – zumindest illustrativen – Anreicherung von Diskursfragmenten aus den Medien oder der wissenschaftlichen Literatur abgeglichen werden. Um daneben das Verständnis zu erleichtern, werden die Analyseergebnisse für den tunesischen Fall kontextualisiert. Insgesamt lässt sich das Kapitel in zwei Abschnitte gliedern, wobei sich die ersten vier Unterkapitel vor allem auf die Dimensionen beschränken, in denen ursprünglich Unterschiede in den *belief systems* der Islamist:innen und Nichtislamist:innen begründet vermutet wurden, da sie einen klaren Bezug zu Religion und Staat haben, was jedoch nicht bestätigt werden konnte. Ein kurzes Zwischenfazit leitet schließlich zu den letzten drei Unterkapiteln über,